

"Wir müssen zeigen, was wir anders machen wollen"

Interview: Sarah Ryglewski will für die Bremer SPD wieder in den Bundestag einziehen

VON ANJA MAIER

Frau Ryglewski, Sie sind nicht nur Bundestagsabgeordnete für den Bremer Wahlkreis 54, sondern auch Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium. Hat man in Berlin das notorisch klamme Bremen angemessen auf dem Schirm?

Es ist nicht so, dass in Berlin der Wachhund Bremens sitzt. Jeder weiß um die Finanzlage hier. Aber jeder weiß auch, welche Anstrengungen Bremen unternommen hat, um zu sparen. Das ist eine Leistung, die durchaus anerkannt wird.

Jeder kann sich ausrechnen, dass die Corona-Krise die Länder und Kommunen in haushalterische Nöte bringen wird. Steuereinnahmen fallen aus, während die Bekämpfung der Pandemie ins Geld geht. In einem Wahljahr wie diesem ist das keine gute Perspektive. Was raten Sie Bremen angesichts der sich nochmals verschärfenden Finanzlage?

Grundsätzlich ist Bremen in derselben Situation wie andere Bundesländer und natürlich auch der Bund. Der hat 2020 große Anstrengungen unternommen, um die Kommunen zu entlasten. Etwa bei der Kompensation der Gewerbesteuer-Ausfälle oder bei der Übernahme der Unterkunftskosten für Grundsicherungs-Empfänger. Denn es ist klar, dass die Einnahmen der Kommunen und Länder geringer sind. Bremen hat deshalb den „Bremen-Fonds“ aufgelegt. Diesen Weg finde ich richtig: zu sagen, wir machen die Kosten der Krise transparent, aber wir investieren auch in Zukunftsaufgaben.



Will nach der Wahl im September erneut in den Bundestag einziehen: Sarah Ryglewski.

Bremen macht mit diesem Fonds Schulden, um die Krise zu meistern. Das ist ein Scheck auf die Zukunft der jungen Bremerinnen und Bremer.

Ich weiß, dass es darüber Diskussionen gibt. Aber man muss beim Thema Schulden lebenspraktisch vorgehen. Wer privat ein Auto kauft, finanziert das häufig über Kredite. Solange die tragfähig sind, ist das in Ordnung. Und bei den Investitionen muss man immer die Frage stellen, ob nur eine Generation etwas davon hat. Wenn etwa in Digitalisierung und Infrastruktur investiert wird, profitieren auch künftige Generationen davon. Dann kann man sie auch an den Kosten beteiligen.

In einem Wahljahr wie diesem stellt sich die Frage: Stehen Sie für Grün-Rot-Rot im Bund?

Ich mache keinen Koalitionswahlkampf, sondern kämpfe für eine starke SPD. Deshalb heißt es bei mir auch Rot-Grün-Rot – mit dem SPD-Rot natürlich vorne. Aber ja, ich halte das für eine Option. Wir merken doch alle, dass die Diskussionen in unserer Gesellschaft schärfer werden, polarisierter. Angesichts der großen Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und Demografie stehen wir an einem Scheideweg: Wollen wir diese Herausforderungen solidarisch angehen, in einer Gesellschaft, in der jeder seinen Platz hat, gebraucht wird und sein Leben gestalten kann? Oder lassen wir die Menschen damit alleine? Das ist zwar nicht nur eine Links-Rechts-Frage, sondern auch eine kulturelle, aber da gäbe es mit Grünen und Linken bei diesen Themen viele Überschneidungen. Mir sind aber auch die Hürden für ein solches Bündnis sehr bewusst. Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik wären noch sehr dicke Bretter zu bohren.

Obwohl die SPD als Regierungspartei im Bund die Top-Position als Problemlöserin hat, liegt sie in den Umfragen bei 15 Prozent. Das bedeutet, Sie haben seit der letzten Bundestagswahl jede vierte Stimme verloren. Wie erklären Sie das?

Die Lage wird sich im Lauf des Wahljahres sicher noch mal sortieren. Aber klar, die SPD muss nicht nur beweisen, dass sie gut in der Regierung arbeiten kann. Sie muss auch deutlich machen, was sie anders machen würde, wenn sie den Kanzler stellt. Das ist jetzt die Aufgabe für die Monate bis zur Wahl. Wir haben mit guten Instrumenten vieles erreicht. Etwa beim Mindestlohn, der Grundrente, der Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen durch die Abschaffung des Solis oder dem Digitalpakt Schule. Jetzt in der Krise die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, der Kinderbonus und die höheren Löhne in der Pflege. Das ist gut. Aber eigentlich wollen wir mehr.

Und zwar?

Es geht um Respekt. Viele Leute haben das Gefühl, dass es daran fehlt. Sie strengen sich an und kommen trotzdem nicht weiter und blicken mit Sorge in die Zukunft. Diese Leute wollen, dass Politik ihnen das Leben etwas leichter macht und ihnen Sicherheit bietet. Die SPD muss deutlich machen: Natürlich gehört für uns die Grundrente dazu; aber noch wichtiger ist, dass wir das Rentenniveau insgesamt krisenfest machen. Natürlich ist der Mindestlohn schön; aber trotzdem sind die Leute damit nur etwas weniger arm. Darum wollen wir zum Beispiel das Thema Tarifbindung unter anderem mit einem Bundestariftreuegesetz angehen und den Mindestlohn auf zwölf Euro anheben. Und wir müssen deutlich machen, dass wir jeden bei den anstehenden Veränderungen der Arbeitswelt unterstützen, indem wir dafür sorgen, dass jeder das Recht auf Weiterbildung oder auch einen beruflichen Neustart hat.

In den Kommunen erleben die Bürger, wo es hakt, erst recht in der Corona-Krise. Schulen, Verwaltung, Digitales, Gesundheit und Pflege... Verstehen Sie, wenn Bürger von Staatsversagen sprechen?

Ja. Und dafür müssen Bundespolitiker deutlich sensibler werden. Selbst wenn wir im Bund alles richtig machen würden – wenn dann vor Ort die Schule ausfällt und die Straße nicht saniert wird, führt das zu Frust. Das ist nicht trivial. Deshalb wollen wir als SPD die Kommunen in die Lage versetzen, Probleme besser zu bewältigen. Wenn eine Kommune nichts mehr entscheiden kann, weil das Geld fehlt, führt das zu Demokratieverdruss.

Der Bund stellt das Geld und den rechtlichen Rahmen zur Verfügung. Vor Ort jedoch sind die Personallage, die Infrastruktur und der Datenausbau so schlecht, dass Kommunen an ihren Aufgaben scheitern. Braucht es nach Corona eine Föderalismusreform?

Es gab im letzten Jahr Überlegungen, eine „Stunde Null“ für die Kommunen zu schaffen. Wir wollten den Kommunen die Altlasten abnehmen, die mit strukturellen Ursachen verbunden sind. Wo wie hier im Norden Industriezweige weggebrochen sind und es mehr Arbeitslosigkeit gibt, bleibt weniger Geld für Zukunftsprojekte, durch die Leute auch wieder in Arbeit kommen können.

Halten Sie eine Wiedervorlage in einer anderen Koalition für denkbar?

Ja, es gab für die „Stunde Null“ eine breite Unterstützung von Grünen und Linken. Dieses Projekt ist ganz klar an ideologischen Vorbehalten der Union gescheitert. Dabei war es relativ simpel: Die Länder sollten in einem ersten Schritt sämtliche Altschulden ihrer Kommunen übernehmen. Davon hätte der Bund dann die Hälfte übernommen. Für die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin hätte man eigene Regelungen gefunden.

Geht es da nicht eigentlich um einen Wettbewerb zwischen überschuldeten und finanzstarken Kommunen?

Den gibt es. Wir haben in Deutschland zum Beispiel Kommunen, die mit sehr niedrigen Gewerbesteuer- und Hebesätzen um Investoren werben. Aus diesem Unterbietungswettbewerb müssen wir raus. Der schadet langfristig allen. Stattdessen muss der Bund seine Investitionen stärker mit strukturpolitischen Zielen verknüpfen. Bei der Entwicklung von Wasserstoff-Regionen werden in den nächsten Jahren Milliarden generiert. Dieses Geld sollte nicht zwangsläufig dort investiert werden, wo ohnehin schon alles gut läuft.

In diesem Jahr werden erstmals die Abgeordnetendiäten ganz leicht sinken. Um 60 Euro auf 10.023 Euro. Angesichts der Einbußen, die Gewerbetreibende oder Kulturschaffende gerade hinnehmen müssen, ist das ein Witz. Wie bewahren Sie sich angesichts solcher Unterschiede den Sinn für die Realitäten Ihrer Wählerschaft?

Ich bin mir bewusst, dass ich als Abgeordnete sehr viel Geld verdiene. Ich komme aus einem ganz normalen Elternhaus, meine Mutter ist Erzieherin, mein Vater Retuscheur. Auch wenn ich viel arbeite, ich weiß, andere tun das auch und bekommen dafür deutlich weniger Geld. Als Abgeordnete und Staatssekretärin habe ich, gerade jetzt in der Pandemie, täglich mit Menschen zu tun, die in finanziellen Problemen stecken. Ich sehe, was funktioniert und was nicht, und versuche zu unterstützen.

Sie sind Abgeordnete, Parlamentarische Staatssekretärin, Mitglied im SPD-Parteivorstand, stellvertretende Landesvorsitzende. Sie pendeln zwischen Bremen und Berlin. Wie kriegen Sie das organisiert?

Ich verzahne diese ganzen Funktionen inhaltlich miteinander und bündele sie. Die Themen Finanzpolitik mit dem Schwerpunkt Kommunal Finanzen, aber auch Wirtschaftspolitik begleiten mich, seit ich Bürgerschaftsabgeordnete war. Aber klar, man muss Prioritäten setzen. Nicht alles ist zu schaffen. Und nichts geht ohne ein stabiles persönliches Umfeld und gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Niemand hat etwas von einer Politikerin, die keine Ahnung mehr vom normalen Leben hat.

Das ganze Land ist gerade in einem hochtourigen Überlastungszustand. Sollten Politiker nicht auch mal sagen können, dass sie etwas nicht bewältigen?

Wenn überall der Stress zunimmt, fände ich es nicht richtig, vorzuleben, man sei unendlich belastbar. Meine Erfahrung ist gut damit, offen zu sagen, wenn es gerade mal nicht so klappt. Die politischen Auseinandersetzungen sind gerade ziemlich erschöpfend. Unserem Land würde es vielleicht ganz gut tun, wenn wir alle mal ein bisschen milder miteinander umgingen.

Das Gespräch führte Anja Maier.
